

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 159

Sonnabend, den 11. Juli 1925

20. Jahrgang

Die Marokkokredite genehmigt.

Opposition der Kommunisten. -- Verhandlungen mit Spanien.

Paris, 9. Juli. Bei Beginn der Kammer Sitzung erklärte der Ministerpräsident Painlevé, die Nachricht eines Mittagsblattes, daß Taza von den Marokkanern genommen sei, für falsch. Painlevé sagte: Man frage sich, welche Agenturen ein Interesse daran haben können, Gerüchte dieser Art zu verbreiten. (Beifall.)

Das Gerücht ist offenbar dadurch entstanden, daß ein Mittagsblatt, ohne daß Nachrichten hierzu einen besonderen Anlaß gegeben hätten, einen Artikel über Marokko mit den Worten überschrieben hat: Abd el Krim vor den Toren von Taza.

Kammerpräsident Herriot: Die Kammer und das Land werden dieses Dementi mit Freuden vernehmen. (Beifall.) Als erstes Redner erhält der kommunistische Exputierte Cachin das Wort.

Cachin: Der heute verlangte Kredit von 188 Millionen ist nur ein Anfang. Wir werden bald über ganz andere Summen zu beraten haben.

Painlevé: Für einen Freund des Friedens sprechen Sie merkwürdig pessimistisch! (Beifall.)

Cachin (fortfahrend): Ich denke, das Land hat das Recht zu erfahren, was die Eroberung Marokkos bis jetzt gekostet hat. Bis jetzt ist die volle Wahrheit noch niemals enthüllt worden. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Differenz zwischen den Ausgaben und dem Erfolg ist ungeheuer groß, beinahe so groß, wie die Unklarheit, die über die Absichten der Regierung besteht. Welche Politik verfolgt die Regierung eigentlich? In den Tagesbesprechungen der Kammer ist immer ein schneller Friedensschluß als das Ziel bezeichnet worden. Heute sind wir mitten im Kriege. (Beifall bei den Kommunisten.)

Painlevé: Wer trägt die Schuld daran? (Beifall.)

Cachin (fortfahrend): Das sind Kinderreien, Herr Ministerpräsident. Der Friede war möglich, als Doriot ihn auf der Tribüne verlangte. Jetzt werden die Friedensbedingungen mit jedem Tage schwerer. Schon ist der Kriegsschauplatz vom Rif entfernt. (Beifall bei den äußersten Linken, Unruhe und Proteste im Zentrum.) Cachin erklärt weiter, daß er nicht von der Information spreche, die Painlevé eben dementiert habe. Aber es sei gewiß, daß diese Summe von Frankreich abgefallen sei. Wie viele Kämpfer bereits in der Reihe der Märtyrer? Wie viele waren auf die Stunde, in der sie zu Abd el Krim übergehen sollten? In den Zeitungen wird verlangt, daß Abd el Krim erst geschächtet werden soll, ehe der Friede geschlossen wird. Haben die Leute, die dies schreiben, daran gedacht, daß sie das Blut von französischen Söhnen färbten? Man hat uns versprochen, daß der Krieg nicht lange dauern wird. Denken Sie an den Hungertod und an unsere eigenen Entsetzungen in den Gütern! Wir wollen nicht allzuviel vom kurzen Krieg reden! Und auch nicht allzuviel von demokratischen Grundfragen. Vor einigen Jahren verlangte Herr Ferdinand Buisson von Marshall Lyautey, daß er an öffentlichen Gebäuden von Marokko die Erklärung der Menschenrechte anbringen lassen solle. Der General schlug die Bitte ab. Seine Weigerung war logisch, da er an Krieg und Bedrückung dachte. (Wärm rechts und im Zentrum, Beifall bei den äußersten Linken.)

Der Sozialist Barennes ruft Cachin zu: Ist die Erklärung der Menschenrechte in Georgien angeschlagen? Ein Anhänger der bolschewistischen Diktatur sollte nicht von Menschenrechten reden! (Großer Beifall im ganzen Hause, die Kommunisten protestieren.)

Cachin: Die Diktatur des Proletariats gehört zur Lehre von Marx, zu der sich auch die Partei des Herrn Barennes bekennt.

Barennes: Die Diktatur in Rußland ist keine Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einiger Tyrannen. (Beifall bei den Linken.)

Cachin antwortet auf diesen Zwischenruf nicht. Er erinnert die Sozialisten daran, daß sie vor dem großen Kriege stets gegen blutige Abenteuer in Marokko protestiert haben. Jaures sprach gegen die Proklamation der Regierung. Ballant erklärte zu jener Zeit: Ihr plündernd und mordend in Marokko! (Wärm und Proteste rechts und in der Mitte, Beifall bei den Kommunisten.) Es gab eine Zeit, in der sogar der Minister schon die Absicht hatte, Marokko zu räumen. (Zuruf: Vor dem Protektorat!) Cachin: Janoubi, vor dem Protektorat! Seitdem Frankreich es erreicht hat, daß Deutschland und Spanien ihm in Marokko freie Hand lassen, glaubt es das Recht zu haben, Marokko für sich zu verlangen. Aber die Marokko-Gelben haben nicht mit dem Volk Marokkos gerechnet, das unabhängig sein will und sich gegen die Bedrückung wehrt. Dieses Volk kann durch Gewalt nicht so leicht bezwungen werden. Schon der Versuch bedeutet einen langen und blutigen Krieg. (Beifall bei den Kommunisten.) Cachin verlangt dann im Namen seiner Partei die Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifgebietes. Abd el Krim kämpft für die Freiheit seines Volkes und deshalb gehört ihm die Achtung der Kommunisten.

Paris, 9. Juli. Die sozialistische Fraktion hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten, um über die Stellungnahme zu beraten, die sie bei der Abstimmung über die Marokkokredite einzunehmen gedenke. Die Meinungen waren, wie verläutet, geteilt. Paul Boncour und einige seiner Freunde sollen lebhaft für Annahme der von der Regierung angeforderten Kredite eingetreten sein. Abg. Blum, der eine vermittelnde Stellung eingenommen habe, soll die allgemeine Stimmhaltung vorgeschlagen haben, da dies eine einheitliche Haltung der Fraktion ermöglichen würde. Dieser Vorschlag soll bei der Abstimmung von 24 Mitgliedern gestützt haben, während neun andere sich für die Ablehnung der Regierungsvorlage ausgesprochen haben sollen.

Paris, 9. Juli. Die Kammer hat den von der Regierung geforderten Zuschuß für den Feldzug in Marokko mit 411 gegen 29 Stimmen bewilligt.

Madrid, 9. Juli. „ABC“ schreibt zur Marokkokonferenz, daß innerhalb des beschriebenen Programms ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden sei. Das Rifgebiet werde zu Wasser und zu Lande gemeinsam überwacht werden. Die Frage einer gemeinsamen politischen Aktion sei eingehend geprüft worden; die Beschlüsse darüber natürlich geheim bleiben. Der französische Delegationsführer Malby reist am Donnerstag nach Paris zurück, während die übrigen Mitglieder der Delegation noch bis zur nächsten Woche in Madrid bleiben, um die Beschlüsse auszuarbeiten.

Madrid, 9. Juli. „El Debate“ erklärt, wenn England in der Tangerzone Rechte haben wolle, müsse es gleichzeitig entsprechende Verpflichtungen erfüllen. Nur mindestens dürfe es nicht die berechtigten Aktionen anderer Nationen erschweren.

Duisburg, Düsseldorf und Essen bleiben besetzt.

In einer Unterredung mit französischen Beobachtern erklärte, laut „B. B.“, der belgische Außenminister Vandervelde, daß das Ruhrgebiet und diejenigen deutschen Gebiete, die nach dem 1. Januar 1923 besetzt worden seien, an einem Zeitpunkt geräumt werden sollen, der vor dem in London festgesetzten Datum liege. d. h. also vor dem 15. August.

Einblicklich der Meinung von Duisburg, Düsseldorf und Essen erklärte Vandervelde, daß die Besetzung dieser drei Städte keine französisch-belgische, sondern eine interalliierte Angelegenheit sei. Die Meinung erforderlich, daß eine interalliierte Vereinbarung, und eine entsprechende Bedenkensauskunft. Weitere Erklärungen über die Räumungsfrage lehnte Vandervelde rundweg ab.

Protest gegen die Luftfahrtnote.

Berlin, 9. Juli. Eine in Stuttgart abgehaltene Versammlung von Arbeitnehmern sahie folgenden Beschluß: Wir anlässlich des Abschlusses des deutschen Flugzeugführer, Arbeiter, Monteur und Ingenieure der süddeutschen Flugzeugindustrie nahmen voll Empörung Kenntnis von der Luftfahrtnote der Reichsregierung vom 28. Juni. Wir erwarten von der Reichsregierung strikte Ablehnung der unberechtigten Forderungen, die unserer Luftfahrt und damit uns den Rest verbliebener Existenz rauben wollen.

Im Auftrag der Flugzeugführer, Flugzeugführer, Arbeiter, Monteur, Meister und Ingenieure: Guriger, Palmer, Winkler, Hagemeyer, Hagedorn, Heß; für die Städte Dillingen und Eindeßlingen: Kraut und Hörmann; für die Luftverkehrs-Württemberg: U. G. Jodel; für die württembergische Presse: Janke.

Nervöse Spannungen.

Von Dr. Riß, M. d. R.

Wer in den letzten 6 Jahren als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages die zahlreichen Regierungskrisen unmittelbar mit erlebt hat, wird sich erinnern, daß sie zuweilen nur dadurch entstanden, daß aus der Nervosität der Beteiligten sich Komplikationen ergaben, die bei ruhig denkenden Menschen eine Unmöglichkeit gewesen wären. Ja, es trat manchmal eine Art politischer Zwangsvorstellung auf, etwa derart, daß in den Reihen der jeweiligen Oppositionsparteien ein sachlich nicht begründeter, aber doch unwiderstehlicher Zwang nach einer Regierungskrise sich zeigte, ohne daß man sich viel Gedanken darum machte, was denn nun eigentlich nach dem Sturz der Regierung geschehen sollte. Wir sind gegenwärtig im deutschen Reichstag auf dem besten Wege, uns wieder einmal in eine solche Situation hineinzureden.

Diesemigen Mitglieder des Reichstages, die zu dem postit arbeiten Teile der Abgeordneten gehören, sind seit Wochen den schwersten zermürbendsten Anstrengungen ausgesetzt. Die Steuergeetze, die Aufwertungsgesetze und die Fallvorlage gehören zu den schwierigsten und verantwortlichsten Aufgaben, vor die sich Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft stellen können. Nun kommen hierzu noch die außenpolitischen Probleme, die sich um den sogenannten Sicherheitspakt drehen. Alles das soll bis 18. Juli im Reichstag erledigt werden. Eine kluge Disposition war das nicht, denn sie zwingt dazu, daß die in den Ausschüssen entstandene Überbürdung der Beamten sich unmittelbar auf die entscheidenden Plenarverhandlungen übertragen wird, und sie macht es unmöglich, daß die Endergebnisse der Ausschussberatungen in Ruhe und Gründlichkeit von den einzelnen Fraktionen durchgeprüft werden können. Nun kommt hierzu noch die außenpolitische Debatte mit der ungeklärten Stellungnahme der Regierungspartei unter sich und zu den betreffenden Fragen.

Betrachtet man die Dinge in aller Ruhe, so sind eigentlich keine Momente zu erkennen, die der bisher schon vorhanden gewesenen Situation eine neue Wendung gegeben hätten. Das Aufwertungsproblem war für die Deutschnationalen von Anfang an eine able Sache. Nicht wenige von ihnen hatten sich im Wahlkampf schriftlich auf die Vorwürfe von Dr. West verpflichtet, Dr. West selbst war im Wahlkampf als Unterstützer für Hunderttausende von Stämmen aus dem Lager der Kleinrentner und Hypothekengläubiger benützt worden, aber als Regierungspartei dachten die Deutschnationalen gar nicht daran, ihre Versprechungen zu erfüllen und ließen West fallen. Das alles ist seit Wochen bekannt und die schwere Enttäuschung der Aufwertungsgewähler hat fast handgreifliche Formen angenommen. Bekannt ist überdies seit langem, daß dieselben Deutschnationalen durch Windbeschlüsse auf Getreide treiben, die mit Notwendigkeit die Lebenshaltung verteuern muß. Bekannt ist schließlich auch seit langem, daß unter Stresemann eine feste und klare außenpolitische Linie nicht gefunden werden wird. Die politische Persönlichkeit Stresemanns ist seit langem schon kein Problem mehr. Durch freundliches Lächeln und sanftem Ländrdruck, durch rhetorische Kunststücke, durch Vertagungen und Umgehungen der Schwierigkeiten, durch saghaftes Abstreifen der außenpolitischen Fronten der andern kann die eigene Entschlußschwäche auf die Dauer nicht verdeckt werden. Taktisch parlamentarische Routine und innerpolitische Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit können wohl im Augenblick über Schwierigkeiten hinweg helfen, zur Lösung außenpolitischer Probleme gehören andersgeartete motorische Kräfte. Sind sie im Schoße der Regierung nicht zu finden, so braucht das für den Reichstag kein Anlaß zu sein, sich lediglich auf Kritik zu beschränken, sondern er hat dann seinerseits Verantwortung, die Initiative zu ergreifen.

Die Deutsche Volkspartei hat außenpolitische Richtlinien aufgestellt. „Linien“ sind darin allerdings nicht zu erkennen. Es ist das übliche Herumreden um die Kernpunkte. Eine Aussprache im Reichstage würde wohl kaum ein besseres oder größereres Ergebnis zeitigen. Im übrigen sind diese Richtlinien auch sonst ein echter „Stresemann“. In der Deutlichkeit ist nur wenig das Komödiantische festgelegt worden, das in folgenden besteht: vor einigen Tagen konnte die Deutsche Volkspartei, zweifellos im Einverständnis mit dem Außenminister Stresemann, nicht genug darin tun, eine außenpolitische Debatte zu fordern, weil dadurch eine Förderung der diplomatischen Verhandlungen erzielt werden könnte. Had darauf wurde diese außenpolitische Debatte von der Regierung, als inbegriffen Herrn Stresemann, für außerordentlich gefährlich angesehen, der Schwedendiplomatischen Verhandlungen begünstigt. In außenpolitischen